Sitzungsvorlage

Datum: 02.06.2023
Drucksache Nr.: **23/0255**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Rat	20.06.2023	öffentlich / Kenntnisnahme

Betreff

Bekanntgabe der Haushaltsüberschreitungen gem. § 83 GO NRW, die für den Zeitraum 01.01.2022 bis 31.12.2022 im Rahmen des Jahresabschlusses 2022 bereitzustellen sind

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin nimmt gem. § 83 GO NRW nicht zahlungswirksame über- und außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 2.970.918,76 € und zahlungswirksame über- und außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 874.820,77 €, die im Rahmen des Jahresabschlusses 2022 für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis 31.12.2022 entstanden sind, zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Im Jahresabschluss 2022 haben sich Sachverhalte ergeben, aus denen sich die Notwendigkeit zur Bildung von Rückstellungen ableitet. Für den Fall, dass derartige Sachverhalte haushälterisch nicht geplant waren bzw. der geplante Haushaltsansatz nicht ausreicht, müssen hierfür außer- oder überplanmäßige Aufwendungen bereitgestellt werden. Dabei ist es nicht sachgerecht, zusätzlich zum Aufstellungsverfahren des Jahresabschlusses ein gesondertes Verfahren für die Einholung der Zustimmung des Kämmerers oder des Rates zu den außer- oder überplanmäßigen Aufwendungen durchzuführen. Vielmehr soll das Aufstellungsverfahren und das Zustimmungsverfahren miteinander verknüpft werden. Diese Zusammenführung ist wegen der Verpflichtung des Kämmerers zur Aufstellung des Entwurfs des Jahresabschlusses, der Verpflichtung des Bürgermeisters zur Bestätigung des Entwurfs und der Pflicht des Rates zur Feststellung des Jahresabschlusses geboten und beschneidet keine Entscheidungskompetenzen der Verantwortlichen für die gemeindliche Haushaltswirtschaft. Die am Jahresabschluss beteiligten verantwortlichen Personen und Gremien können im Rahmen ihrer Zuständigkeit den erforderlich gewordenen überplanmäßigen oder außer-

planmäßigen Aufwendungen zustimmen und sie damit in den Jahresabschluss übernehmen oder diese – soweit rechtlich zulässig – ablehnen und nicht übernehmen.

Nachfolgende Sachverhalte führen im Rahmen des Jahresabschlusses 2022 zu über- bzw. außerplanmäßigem Aufwand (nicht zahlungswirksame Finanzvorfälle):

Tatbestand	Ansatz Haushaltspla- nung EUR	tatsächlicher Aufwand EUR	Überschreitu- ng EUR
Wertberichtigung bei Forderungen ¹		1.507.079,00	1.507.079,00
Zuführung Pensions- und Beihilferückstellung für Versorgungsempfänger ²	-124.140,00	336.721,00	460.861,00
Instandhaltungsrückstellung Rathaus ³		516.780,00	272.620,40
Instandhaltungsrückstellung für den Kreisverkehr Rathausallee/ Südstraße ⁴		40.000,00	38.157,71
Instandhaltungsrückstellung für den Kreisverkehr Rathausallee / Ost-West-Spange. ⁵	110.000,00	130.000,00	20.000,00
Instandhaltungsrückstellung für Sanierung der Unterseite des Brückenbauwerks Karl-Gatzweiler-Platz		425.000,00	425.000,00
Rückstellung für die Rückbauverpflichtung des Klosterbades ⁷		305.920,00	247.200,65

Zu 1) Mit der Einführung der kaufmännischen Rechnungsführung und -legung müssen hinsichtlich der Bilanzierung von Forderungen Wertberichtigungen vorgenommen werden. Dabei sind Forderungen einer bestimmten Größenordnung einer einzelnen Wertberichtigung zu unterziehen. Im Übrigen sind pauschale Wertberichtigungen anhand bestimmter Kriterien (z. B. Alter der Forderungen) vorzunehmen. Insgesamt konnte die Wertberichtigung im Vergleich zum Vorjahr verringert werden. Dabei stehen neuen Wertberichtigungen in Höhe von 1.507.079,00 € Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen in Höhe von 75.124,27 € sowie Minderaufwendungen bei den Abschreibungen auf Forderungen von 75.796,86 € gegenüber, welche zur Deckung herangezogen werden können. Eine Saldierung der Aufwendungen mit den Erträgen ist aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht zulässig. Die verbleibenden Mehraufwendungen in Höhe von 1.356.157,87 € können aus Minderaufwendungen bei den Abschreibungen (Ergebniszeile 14) gedeckt werden.

Zu 2) Der Haushaltsansatz für die Zuführung zur Pensions- und Beihilferückstellung für die Versorgungsempfänger erfolgte auf der Grundlage des versicherungsmathematischen Gutachtens der Versorgungskasse vom 23.02.2023 unter Berücksichtigung einer Versorgungs- und Kostendynamik von jährlich 2 %. Die im Jahresabschluss zum Stichtag 31.12.2022 gebildeten Rückstellungen nach § 37 KomHVO basieren auf dem aktuellen Versorgungsgutachten der Rheinischen-Versorgungskasse auf der Grundlage HEUBECK-Richttafeln 2018 G und berücksichtigt die Anpassung der Versorgung um 2,80 % zum 01.12.2022. Hiernach ergeben sich Mehraufwendungen bei der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen. Die Mehraufwendungen können durch Mehrerträge aus der Auflösung von Pensions- und Beihilferückstellungen (Ergebniszeile 07) gedeckt werden.

Zu 3) Die Mittel wurden für die Instandhaltung der Heizungszentrale sowie für den Austausch der Mittelspannungsschaltanlage des Rathauses der bestehenden Rückstellung zugeführt. 244.159,60 € können aus der Budgetebene gedeckt werden.

Die restlichen Mehraufwendungen führten zu außerplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 272.620,40 € und können aus Mehrerträgen aus der Auflösung von Instandhaltungsrückstellungen (Ergebniszeile 07) gedeckt werden.

- Zu 4) Für die Sanierung des Kreisverkehrs Rathausallee/Südstraße wurde bereits im Jahresabschluss 2021 eine Instandhaltungsrückstellung gebildet. Diese musste aufgrund der Erweiterung des Schadensbildes um 40.000,00 € erhöht werden. Mittel in Höhe von 1.842,29 € können aus der Budgetebene gedeckt werden. Die restlichen Mehraufwendungen führten zu außerplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 38.157,71 € und können durch Mehrerträge aus der Auflösung von Instandhaltungsrückstellungen (Ergebniszeile 07) gedeckt werden.
- Zu 5) Für die Sanierung des Kreisverkehrs Rathausallee/Ost West Spange wurden ursprünglich Mittel im Haushaltsplan 2022 vorgesehen. Da diese nicht wie geplant umgesetzt werden konnte, ist diese als unterlassen zu bewerten, so dass hierfür entsprechende Rückstellungen gebildet werden. Für die Maßnahme wurde eine neue Instandhaltungsrückstellung in Höhe von 130.000,00 € insbesondere für die Beseitigung von Schäden an der Deckschicht, den Gehwegen, Bordsteinen und Rinnen gebildet. Die Mehraufwendungen können durch Minderaufwendungen bei den zahlungswirksamen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Ergebniszeile 13) gedeckt werden.
- Zu 6) Für die Sanierung der Unterseite des Brückenbauwerks Karl-Gatzweiler-Platz wurde in Vorjahren eine Instandhaltungsrückstellung insbesondere für die Beseitigung von Schäden gebildet. Aufgrund der Erweiterung des Schadensbildes musste die Rückstellung um 425.000,00 € aufgestockt werden. Die Mehraufwendungen können durch Minderaufwendungen bei den zahlungswirksamen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Ergebniszeile 13) gedeckt werden.
- Zu 7) Die vorhandene Rückstellung für den Rückbau des Klosterbades musste aufgrund der Verschärfung gesetzlicher Vorgaben zur Schadstoffbeseitigung sowie aufgrund des Rückbauumfangs um 305.920 € erhöht werden. Der Rückbauverpflichtung soll mit dem beabsichtigten Bau der Feuerwehrtechnischen Zentrale nachgekommen werden. Mittel in Höhe von 58.719,35 € können aus der Budgetebene gedeckt werden. Die restlichen Mehraufwendungen führten zu außerplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 247.200,65 €. Diese können durch Mehrerträge aus der Auflösung von Instandhaltungsrückstellungen (Ergebniszeile 07) gedeckt werden.

Des Weiteren sind im Haushalt der Stadt Sankt Augustin zahlungswirksame über- und außerplanmäßige Aufwendungen, welche im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten notwendig wurden, in Höhe von 874.820,77 € entstanden.

Eine Übersicht der zahlungswirksamen Überschreitungen ist als Anlage beigefügt.

Dr. Max Leitterstorf

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf €.

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan zur Verfügung.

Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von

über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.

über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen.
Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.

Bei der Maßnahme wurden inklusionsrelevante Aspekte berücksichtigt.

Die Maßnahme hat keine Auswirkungen auf die Inklusion.

Anlage:

1. Übersicht der zahlungswirksamen Überschreitungen